

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Siegener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ vierteljährlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Siegen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Kontaktsdruck und Verlag der Brüderlichen
Universitäts- und Buch- und Steindruckerei.
H. Lange, Siegen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schul-
straße 7. Expedition und Verlag: 112. Tel.-Nr. 112.
Redaktion: 112. Tel.-Nr. 112. Anzeiger-Sieger.

Mb. Deutscher Reichstag.

221. Sitzung. Mittwoch, den 25. Februar.
Am Tische des Bundesrats: Wackerzapp.
Vizepräsident Dr. Kaaske eröffnet die Sitzung um 2 Uhr
16 Min.
Eingegangen ist das Gesetz über den Kleinwohnungsbau.

Das Reichsarchiv.

Zunächst steht auf der Tagesordnung eine zurückgestellte Position aus dem Etat des Reichsamt des Innern, die 148 800 M. als erste Rate für ein in Verbindung mit dem preussischen Archiv zu errichtendes Reichsarchiv fordert.
Die Kommission hat diese Forderung abgelehnt, weil sie diese Verbindung eines Reichsarchivs mit dem preussischen Archiv nicht wünscht. Das Reich könnte leicht in Abhängigkeit von Preußen geraten. Tagelang wurde der Wunsch nach einem selbstständigen Reichsarchiv geäußert.

Die Forderung wurde ohne Aussprache abgelehnt.
Es folgen Petitionen zum Reichsamt des Innern.
Eine Petition der Richard-Wagner-Stiftung.
Stiftung in München fordert aus Anlaß des 100. Geburtstags Wagners für sich einmal den Betrag von 500 000 M. oder in jedem hundertjährigen Jubiläum die Zinsen dieses Betrages aus Reichsmitteln.

Über die Petition wird ohne Aussprache zur Tagesordnung übergegangen.

Eine Petition, die die Vereinfachung größerer Mittel für den Kauf von Radium und Radiumchlorid zur Abgabe an öffentliche Krankenhäuser fordert, wird als Material übermiesen.

Die Petitionen des Arbeitsausschusses der Ausstellung „Das deutsche Handwerk“ in Dresden und des Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungsvereins in Hannover um Gewährung einer Beihilfe zu dieser Ausstellung werden nach den Regierungsberichten in der Kommission für erledigt erklärt.

Der Etat für das Reichs-Eisenbahnamt.

Hg. Prinz zu Schönau-Carolath (Nat.):
fordert eine Verbesserung der Verhältnisse bei den Reichseisenbahnen.

Hg. Dörsen (Soz.):

In der Frage der Vereinfachung der deutschen Eisenbahnen geht das Reichseisenbahnamt von falschen Voraussetzungen aus. Es soll sich doch nicht noch weniger Bedeutung beimessen, als es wirklich besitzt. Die alte Weisheit, daß die gerade Linie die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten ist, gilt für das Reichseisenbahnamt nicht. Treuen wird bei jeder Gelegenheit bezeugt. Seine Ansprüche nehmen in den Schriften des Geheimrates Stegmann ungeheuerliche Formen an. Auch die süddeutschen Staaten begünstigen ihre Interessen eher als die des Reiches. Um diesem Durcheinander ein Ende zu machen, muß das Reich die Eisenbahnen übernehmen. Jedenfalls hat das Reichseisenbahnamt für eine einheitliche Verwaltung zu sorgen. Es muß auch die Revision der Betriebsführung hinsichtlich des Wagenmaterials, der Signale usw. in die Hand nehmen, ebenso wie hinsichtlich der Arbeitszeit, die vielfach über 11 Stunden dauert. Auch ist uns wohl bekannt, daß noch immer bei den Eisenbahnen Gefährdungsmomente herrschen und daß es verboten ist, dem Hamburger Verband beizutreten oder seinen Versammlungen beizuwohnen.

Hg. Schwabach (Nat.):

Über das Reichseisenbahnamt darf man nicht so schimpfend urteilen, wie es der Redner getan hat. Selbst der vorzuziehende Hg. Singer, der gewiß keine Vorliebe für irgendein Reichsamt haben konnte, sagte einmal in der Budgetkommission, daß das Reichseisenbahnamt, wenn es nicht existierte, unbedingt geschaffen werden müßte. Wenn es nicht die Wirksamkeit entfaltet, die man von ihm erwartet hat, so liegt das daran, daß die Entwicklung einen ganz anderen Weg genommen hat, als man ursprünglich annahm. Ähnlich wie es Bismarck gegangen ist, der die Bedeutung des Reichsfinanzamts zuerst ganz anders und viel geringer einschätzte. Wir sollten froh sein, eine derartige vollständig unabhängige Behörde zu haben, die allein auf das Wohl des Reiches Rücksicht zu nehmen braucht. Auch die Leistungen des Reichseisenbahnamts, z. B. auf militärischem Gebiet, sind nicht so unerheblich. Nur Mangel an Sachkunde kann eine solche, durch nichts gerechtfertigte Kritik möglich gemacht haben. Im Interesse des Reichstages wäre es zu wünschen, wenn eine solche durchaus unbedingte Kritik seiner Mitglieder, die ja als sachkundig gelten sollen, hier nicht laut würde.

Gewiß ist es eine schwere Aufgabe, die Wünsche des Personals hinsichtlich der Ruhegehalt usw. einheitlich zu regeln. Wir werden aber nicht nachlassen, unsere Wünsche in dieser Richtung immer wieder vorzutragen. Wir rechnen dabei auf weiteres Entgegenkommen der Regierung. Unendlich ist, daß jetzt möglichst einheitliche Wagen hergestellt werden. Hinsichtlich der Eisenbahnschienen besteht noch eine Lücke in der Gesetzgebung, die ausgefüllt werden muß. Auch für den internationalen Eisenbahnverkehr sind einheitliche Rechtsvorschriften sehr erwünscht, die etwa durch eine internationale Verkehrsordnung geschaffen werden könnten. Dasselbe gilt für eine einheitliche mitteleuropäische Eisenbahngesetzgebung. Nach Möglichkeit sollte das Reichseisenbahnamt die Wünsche des Handelsstandes berücksichtigen. Die Vereinfachung des deutschen Eisenbahnwesens halten wir für eine der wichtigsten Forderungen. Wir begreifen deshalb auch den Staatsbahnenverband und wir würden über seine Ergebnisse gern Rechenschaft erfahren. Wenn er auch auf einzelstaatlicher Grundlage aufgebaut ist, so hat der Reichstag doch das Recht, sich kennen zu lernen. In Sachen liegt man, daß Preußen seine wirtschaftliche Übermacht ausnützt, um die sachlichen Interessen an die Hand zu drücken. Solchen Klagen muß entgegengetreten werden, sie dürfen keinen vollen Glauben finden. Die beteiligten Verwaltungen müssen sich Vertrauen entgegenbringen. Und dafür zu sorgen, ist eine der Hauptaufgaben des Reichseisenbahnamts. (Beifall.)

Hg. v. Voehn (Nat.):

Kreuzung ist die Eisenbahnverwaltung dazu übergegangen, für die Viehtransporte Viehfütterungsstationen einzurichten. Das ist an sich ganz zu begreifen, denn bisher fehlte der von der Eisenbahnverwaltung geforderte Begleiter der Viehtransporte die Viehfütterung jährlich etwa 5000 bis 6000 M. Aber die Kosten, die die Verwaltung für die Fütterung berechnet, sind sehr hoch. Für einen Waggon Schweine, die in Halle gefüttert werden waren, wurden einem ostpreussischen Besizer 60 M. berechnet. Dazu kamen die Schweine in Mannheim noch in einem recht mangelhaften Zustande an, ein Schwein war gehorcht usw. Die Gesamtkosten und Verluste betragen pro Waggon etwa 300 bis 500 M. Da muß naturgemäß das ganze Geschäft aufhören. Die Leidtragenden sind vor allem die kleinen Landwirte, die die Schweine an die Händler liefern. Vom Standpunkt des Reichstages sind die Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung gewiß zu begreifen, aber man darf darüber nicht die Bedürfnisse des Viehhandels vergessen.

Hg. Dr. Haas (Op.):

Das Reichseisenbahnamt hat auf verschiedenen Gebieten wertvolle Arbeit geleistet. Selber hat es aber nicht verstanden, auf die Gegensätze zwischen den deutschen Eisenbahnen mildend einzugehen. Die Konkurrenzklänge werden zwar nicht mehr in den träger schroffen Formen geführt, aber gut sind die Verhältnisse immer noch nicht, trotz der beruhigenden Erklärungen, die immer wieder von den einzelstaatlichen Verwaltungen von Zeit zu Zeit abgegeben werden. Für die süddeutschen Eisenbahnen wird die Personalunion zwischen dem preussischen Eisenbahnamt und dem Chef der Staatsbahnen häufig verhängnisvoll; das zeigt die Linienführung einiger Schnellzüge. Warum unterlassen die Staatsbahnen nicht den Reichseisenbahnamt? Wie stellt sich der preussische Eisenbahnamt bei Konflikten der Interessen? Soll er sich mit ihnen vertragen? Sollten da nicht häufig die preussischen Interessen den Ausschlag geben? Neben dem Reichseisenbahnamt sollte der Tarifverband mehr als bisher seine Aufmerksamkeit schenken. Durch die Vorgesetzten für die Sechsten werden die Interessen der Rheinisch-Elbischen schwer geschädigt.

Die Eisenbahnverwaltung steht immer noch auf dem Standpunkt, daß der Wagenpark nicht auf den Höchstbedarf, sondern auf den Normalbedarf eingestellt sein muß. Dies ist mit dem Eisenbahnamt nicht vereinbar. Die Verwaltung darf nicht sagen: Erst die Rente, dann das Verkehrsbedürfnis. Eine reichsrechtliche Regelung der Dienstverhältnisse ist unbedingt geboten. Die jetzigen Verhältnisse sind durchaus nicht ausreißend. Auch die Lohnverhältnisse sind nicht so, wie man wünschen muß; während sonst überall ein Uebermaß von Arbeitskräften besteht, hat unsere Eisenbahnverwaltung vielfach Mangel an Personal, namentlich bei den Lokomotivführern. Es dürfte endlich an der Zeit sein, bei uns automatische Sicherungen einzuführen. Gewiß haben wir ja in Deutschland eine besonders günstige Unfallstatistik; aber man brauche mit der Einführung der automatischen Vermeidung doch nicht bis zu dem nächsten entsetzlichen Eisenbahnunglück zu warten. Bei der Vergebung der Eisenbahnen dürfen die Verwaltungen nicht so sehr vom partikularistischen Geist erfüllt sein. Finanziell halte ich eine Reichseisenbahngemeinschaft durchaus für möglich; auch die Bedenken hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Disziplin sind unberechtigt; denn der Reichstag würde eher bereit sein, ein gutes Beamtenrecht zu schaffen. Ich habe niemals den lächerlichen Gedanken gehabt, — Herr v. Jellisch weist mir das in einem Artikel im Tag vor — auf dem Umwege über die Reichseisenbahnen dem preussischen Staat und dem preussischen Landtag das Recht zu brechen. Wir wissen ganz genau, solange das Reich im preussischen Landtag besteht, hat unser Erbrecht über die Reichseisenbahnen nur theoretischer Natur. Erst, wenn wir ein einheitliches deutsches Eisenbahnsystem haben, werden wir eine wirkliche großzügige Eisenbahnpolitik in Deutschland treiben können.

Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerzapp:

Die nächste Konferenz über die Umarbeitung der verschiedenen internationalen Uebereinkommen wird 1915 stattfinden, die deutschen Vorschläge dafür sind bereits vorbereitet. Ueber die Haftung der Eisenbahnen über die Transporte ist ein Gesetzentwurf in Vorbereitung. Die Eisenbahngesetzgebung, die am 1. April vorigen Jahres in Kraft getreten ist, hat sich gut bewährt. Es ist gewünscht worden, daß in die monatlich zu veröffentlichenden Einmündungen der Eisenbahnen auch die Zahlen für die bayerischen Bahnen aufgenommen werden möchten. Das war bislang nicht der Fall. Darin das dankenswerte Entgegenkommen der bayerischen Regierung, die das erforderliche Material zur Verfügung stellt, haben wir diese Nummer bereits seit dem 1. Januar einführen können. Ueber die Förderung von Gepäcks ohne Begleitung einer Fahrkarte und die Beförderung der Gepäckträger werden Beratungen vorbereitet. Hierbei ist jedoch zu bemerken, daß die bisher in Deutschland erhobenen Beförderungssätze niedriger gewesen sind als in den meisten anderen Ländern.

Die Bewegung zur Umänderung der Zeiteinteilung ist ja schon alt. Die Einführung der Vierundzwanzigstundentage würde gewiß eine Vereinfachung bedeuten. Auf der anderen Seite würde allerdings die Gefahr vorliegen, daß die Ziffern vermehren und die Uebersichtlichkeit der Fahrpläne gemindert wird. Würde sich außerdem ein Staat anschließen, so wären die Vorteile ziemlich illusorisch. Deshalb wollen wir in dieser Frage eine abwartende Stellung einnehmen. Die Einführung einer selbständigen Kuppelung kann nur international geregelt werden, da Hunderttausende von Wagen über die Grenzen gehen. Deshalb muß abgewartet werden, bis ein System allgemeine Anerkennung gefunden hat und international eingeführt werden kann. Die Frage einer einheitlichen Normen rückt ihrer Erledigung näher. Es werden jetzt Versuche mit einer Vakuum- und Luftdruckbremse gemacht, um festzustellen, welches System sich zur allgemeinen Einführung eignet. In nicht allzu langer Zeit hoffen wir zu einem Ergebnis zu kommen.

Die Bestimmungen über die Fütterung der Wärschweine beim Eisenbahntransport sind immerhin von Sachverständigen aus der Landwirtschaft, dem Handel und der tierärztlichen Wissenschaft festgestellt worden. Da jetzt Klagen hierüber laut werden, wollen wir sie abermals von sachverständiger Seite nachprüfen lassen. Die Betriebswirtschaft auf den deutschen Bahnen ist günstiger als auf ausländischen Bahnen mit ähnlichen Verhältnissen. Die Unfallziffer ist dauernd gesunken. Eine reichsrechtliche Regelung der Dienstverhältnisse halte ich nicht für notwendig. Wenn Dienstverhältnisse von längerer Dauer, von zwölf Stunden und darüber angelegt werden, so handelt es sich um eine geringere Dienstleistungen; so ist nachgerade zu werden, daß bei einem Bahnwärter, dessen lange Dienstadt geklagt wurde, tatsächlich nur 6½ Stunden wöchentliche Arbeitszeit herauskam. Die Gesamtergebnisse der Kauterlegung der Ruhezeiten liegen noch nicht vor. Bei den preussischen und den Reichseisenbahnen hat sich die Durchschnittszeit um eine halbe Stunde verringert. Meine Stellungnahme zur Vereinfachung des Eisenbahnwesens im ganzen Deutschen Reich habe ich schon vor zwei Jahren und auch im Vorjahr hier dargelegt, eine Änderung in meinen Anschauungen ist nicht eingetreten.

Inbesondere ist mir nicht bekannt geworden, daß die Einzelstaaten mehr als früher geneigt wären, ihre Selbstständigkeit auf dem Gebiete der Eisenbahnangelegenheiten beschränken zu lassen. Um so mehr wird angestrebt sein, wie das auch die Pflicht der Bundesstaaten ist, in den Fällen, in denen sich ein dem Nebeneinanderbestehen selbständiger Verwaltungen entgegensteht, diese von Fall zu Fall zu beseitigen. Diesem Zweck dienen auch die Regierungskonferenzen. So hat sich eine Konferenz im November vorigen Jahres mit einer Revision der Vereinbarungen von 1907 über den Güterverkehr beschäftigt. Die Verteilung der Güterwagen wird jetzt so gehandhabt, daß nicht nur das Personal vermindert werden konnte, sondern auch für den Verkehr Vorteile erreicht worden sind und die Zahl der Güterwagen für die Hauptverkehrsgebiete gleichmäßig beschaffen wird. Allerdings beschränkt sich die Staatsbahnenverband bisher nur auf Güterwagen. Ob da eine Änderung eintreten soll, ist eine Zwischenfrage. Die Linienführung darf nicht in der Weise beeinflusst werden, daß man eine einzelne Zugverbindung herausgreift, sie unter die Lupe nimmt, und dabei angibt, daß es eine oder andere Staat dabei schlechter fährt. Es kann sich nur darum handeln, wie im großen und ganzen der Verkehr geleitet wird.

Ein Eisenbahnkrieg zwischen Sachsen und Preußen besteht nicht. Das hat der sächsische Minister am 25. November v. J. ausdrücklich erklärt. Er hat ausgeführt, daß der sächsische Güterverkehr mit Preußen wesentlich schneller sei. Wenn man den Abgang im Braunkohlenexport ausrechnet, der im wesentlichen auf die ganze Entwicklung der preussischen Braunkohlegewinnung zurückzuführen ist, so ist eine Steigerung von beinahe 200 Proz. zu verzeichnen. Es ist nicht richtig, daß Preußen den Reiseverkehr von Nord nach Süd und von Ost nach West um Sachsen herumläßt. Die Verkehrsverhältnisse zwischen Preußen und Sachsen werden in der Sache lokaler und konkreter Weise angewendet. Ueberhaupt werden die Interessen aller beteiligten Staatsbahnenverwaltungen allseitig entgegenkommend gefördert.

Hg. Sped. (Nat.):

Meine politischen Freunde konnten sich nicht unbedingt zu einer Reichseisenbahngemeinschaft erklären. Das ist nicht bloß Parteilichkeit. Auch an anderen Stellen, auch auf der linken, besteht ein Widerstand gegen die Reichseisenbahngemeinschaft. Auch die Eisenbahnen, die wir in Bayern mit der Güterbahngemeinschaft gemacht haben, können die Schnelligkeit nach einer vollständigen Reichseisenbahngemeinschaft nicht befehlen. Der Güterbahnenverband mag sich aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten realisieren. Aber die finanziellen Anforderungen an die Einzelstaaten fallen dagegen schwer ins Gewicht. Wir haben das aus unserem bisherigen Budget gesehen.

Wir haben ganz außerordentlich schwere finanzielle Lasten dadurch erhalten, die der bayerische Eisenbahnetat nur mühsam zurücklegen konnte. Für die wirtschaftlichen Bedürfnisse Bayerns wäre es nicht nötig gewesen. Bayern ist seinen Verpflichtungen lokal nachgekommen und es wird auch weiter nicht daran fehlen lassen, daß die unvermeidlichen Reibungen zwischen den einzelnen Verwaltungen lokal beigelegt werden. Das scheint mir auf dem Wege der Konferenzen richtig geordnet zu sein. Diese Konferenzen sollen nicht nach formalen Gesichtspunkten entscheiden, sondern die Interessen der Einzelstaaten gegeneinander gerecht abwägen und prüfen.

Das Haus verläßt sich. Donnerstag 12 Uhr: Weiterberatung. Schluß 6½ Uhr.

Politische Tageschau.

Dem preussischen Entwurf eines Grundteilungsgesetzes, den wir gestern mitgeteilt haben, ist folgende Begründung angeschlossen:

Der Gesetzentwurf wendet sich im ersten Abschnitt gegen den gewerblichen und landwirtschaftlichen Grundbesitz, weil gerade die in Verbindung mit ihm vorfindenden Grundbesitzverhältnisse zahlreiche Mängel für die landwirtschaftliche Bevölkerung und für die Allgemeinheit zur Folge haben.

Ein großer Teil der gewerbsmäßigen Grundbesitzer, teils Einzelbesitzer, teils Gesellschaften, Banken und dergleichen, sucht seinen Zweck darin, zur Verteilung geeigneten landwirtschaftlichen Grundbesitzes anständig zu machen, dessen Eigentümer zur Veranlassung zu veranlassen und den bisher zusammenhängenden Grundbesitz Stückweise zu möglichst hohen Preisen abzugeben. Ob die Veräußerung vom Standpunkt des Eigentümers oder der Allgemeinheit erwünscht ist, ist dem Händler in der Regel gleichgültig; für ihn ist der Grundbesitz in erster Linie Ware. So wird der landwirtschaftliche Grundbesitz, dessen Bodenständigkeit für den Staat von der größten Wichtigkeit ist, käuflich gelöst. Auch für die landwirtschaftliche Bevölkerung ist die Tätigkeit der Grundbesitzhändler meist nicht von Nutzen. Die landwirtschaftlichen Arbeiter und Kleinrentner lassen sich gewöhnlich verziehen, Preise für die von ihnen begehrt Grundstücke zu zahlen, die dem wirklichen Ertragswert nicht entfernt entsprechen. Die bei den Grundstücksveräußerungen erworbenen hohen Gewinne der Händler haben eine unerwünschte Wirkung auf die Grundstückspreise. Die Preise erreichen vielfach eine unvernünftige Höhe. Hierunter hat namentlich auch die vom Staat und von Anstaltsgesellschaften, die mit staatlicher Unterstützung ins Leben gerufen sind, betriebene innere Kolonisation zu leiden. Immer schwieriger wird es bei der Konkurrenz der Händler, geeignetes Siedlungsland zu angemessenen Preisen zu erwerben, um der Nachfrage nach Anwesenheiten gerecht zu werden. Die Händler ihrerseits widmen den neuen Landstellen, die bei ihren Grundstücksveräußerungen entstehen, meist nicht die nötige Fürsorge; oft sind diese Stellen unweidmässig zusammengekauft und nicht genügend leistungsfähig.

Die behördliche Genehmigung, die dazu dienen soll, die gewerblichen Grundbesitzer zu beaufsichtigen und, soweit sie schädlich sind, zu verhindern, ist so geregelt, daß der Antrag auf Genehmigung beim Landrat zu stellen ist. Nach den nötigen Vorermittlungen entscheidet der Regierungsrat über die Genehmigung oder Verweigerung der Genehmigung. Auf etwaige Beschwerden entscheidet der Oberpräsident endgültig. Die Genehmigung soll nur erteilt werden, wenn die Veräußerung mit einer der gemeinwirtschaftlichen Interessen entsprechenden Veräußerung und insbesondere mit den Zielen der staatlich geförderten inneren Kolonisation nicht vereinbar ist. Wird die Genehmigung verweigert, so hat das Grundbesitzamt die Eintragung der Teilung im Grundbuch abzulehnen. Außerdem ist die von Grundbesitzhändlern und Grundbesitzvermittlern ohne Genehmigung vorgenommene Veräußerung mit Strafe bedroht.

Das Rücktrittsrecht, das aus dem bayerischen Güterveräußerungsgesetz vom 13. August 1910 übernommen ist, will die Beteiligten, die als Verkäufer oder Käufer mit Grundbesitzhändlern in Geschäftsverbindung treten und ihnen geschäftlich meist nicht gewachsen sind, vor Uebervorteilung oder Uebervorteilung schützen. Innerhalb einer einwöchigen Frist sollen sie Vertragsverhältnisse rückgängig machen dürfen.

Sind die Vorschriften des ersten Abschnitts für die innere Kolonisation nur Mittel zum Zweck, so will der Gesetzentwurf im zweiten Abschnitt die Innenkolonisation auch unmittelbar fördern. Das Vorkaufsrecht des Staates soll diesem und den sonst mit der Durchführung der inneren Kolonisation betrauten Stellen den Erwerb geeigneten Siedlungslandes erleichtern. Zugleich will auch diese Maßregel der preiszehrenden und den Grundbesitz lockenden Händlerstätigkeit auf dem Grundstücksmarkt entgegenwirken. Das Vorkaufsrecht soll zum Eintritt in Kaufverträge berechtigen, die über Verfügungen von mehr als 10 Hekt. Größe geschlossen sind; nur Verkäufe an Verwandte und Angehörigen des öffentlichen Rechts sollen ausgenommen sein. Der Vorkaufsbescheid, dem der Entwurf zur Ausübung seines Rechts bei Grundstücken über 200 Hekt. eine Frist von vier, sonst von zwei Wochen gewährt, wird gegen Behauptungen der Vertragspartei, die darauf abzielt, die Ausübung des Vorkaufsrechts zu hindern oder zu erschweren, durch besondere Vorrichtungen geschützt. Er tritt aber im übrigen in den abgelaufenen Kaufvertrag unter den zwischen Verkäufer und Käufer vereinbarten Bedingungen ein.

Auflösung des Reichstages?

Die „Süddeutsche konservative Korrespondenz“ läßt sich aus Straßburg melden:

„Dem Bundesrat werden zwei Vorlagen zugehen, welche die einzelnen Bundesstaaten ermächtigen sollen, den Reichstagen die Rechte auszuüben und den Reichstagen die Rechte auszuüben. Die Reichstagen werden die Rechte auszuüben und den Reichstagen die Rechte auszuüben.“

werden, und wird ebenfalls auch nicht vor einer Aufhebung des Reichstages zurückgezogen.

Diese etwas festsame und von den konservativen Hebern vielleicht mit besonderen Absichten und Wünschen in die Welt gesetzte Antikündigung begleitet die „Post. Ztg.“ mit folgenden Bemerkungen:

Der Plan ist gut ausgearbeitet. Um mit dem Parlament zu brechen, das die Wehrverträge und die neuen Steuern, insbesondere die Willkür-Beiträge, bewilligt hat, braucht man einen Anlaß oder wenigstens einen Vorwand. Und für die Wehren braucht man eine Parole. Nach Kallow, der sich auf diese Art Taktik versteht, spricht von der Notwendigkeit, von Zeit zu Zeit nationale Errungnisse in die Massen zu tragen. Er selbst hat es damit versucht und wird dabei. Vielleicht löst sein Beispiel den heutigen Kanzler zur Nachfolge. „Für das Reich gegen die Reichsfeinde“, sollte diese Parole lauten. Wenn Herr v. Bethmann Hollweg selbst in Ansehung sein sollte, werden die guten Freunde auf der Rechten, die nicht müde werden, seine Stellung zu untergraben, seine Rufe schreien, ihn zu überzeugen, daß sie genötigt sind, mit ihm Frieden zu machen, wenn er den „faulen Mann“ spielen will.

Vielleicht waren sowohl die konservativen Antikündiger als auch die „Post. Ztg.“ etwas voreilig. Daß gegen deutsche feindliche Bestrebungen im Reich vorgegangen werden muß, ist selbstverständlich. Es muß abgepariert werden, was die Regierung verlangt und für nötig findet.

Aus Heffen.

Der Bericht des ersten Ausschusses der II. Kammer zu dem Hauptvoranschlag 1914

ist soeben, 147 Bruchseiten stark, erschienen. Er enthält in ausführlicher Weise die von und in der Hauptkommission mitgeteilten Befürworte und Abänderungen. Von Interesse ist hierbei der folgende in der Einleitung enthaltene Satz:

„Verachtet man die in den Darstellungen gegebenen Zahlen, so kann mit Vermeidung auf die erfreuliche Entwicklung unserer Finanzen seit 1910 zurückgeführt werden. Dieselben geben aber auch die Gewähr für die Zukunft, daß trotz der Erhöhung der Gehälter der Beamten, Volksschullehrer usw. an eine Steuererhöhung in absehbarer Zeit heranzutreten, absolut nicht nötig ist. Die von der Regierung in ihren Finanzplänen vom Jahre 1915 ab vorgesehene Steuererhöhung mit 5% der Einkommensteuer und Erhöhung der Vermögenssteuer von 6 Pfz. auf eine Mark von 1000 Mk. Vermögen kann unbedenklich in Aussicht genommen.“

Ueber den Voranschlag für Bad-Kaunheim entnehmen wir dem Bericht folgende Ausführungen:

Auch für Bad-Kaunheim war ungerecht, die Beträge für Zins und Tilgung, eventuell auch einer Abschreibungsquote, unter die Ausgaben aufzunehmen. Es sollte aus der Höhe dieser Verpflichtungen ein Urteil hergeleitet werden, ob Bad-Kaunheim neben Erfüllung dieser Verpflichtungen dauernd in der Lage ist, einen Heberbeitrag von 20000 Mk. an die Staatskasse abzuführen und dazu das Recht von Bad-Salzhausen (rund 37 000 Mk.) zu deducieren. Der Heberbeitrag in Bad-Kaunheim, der Staat zahlt keine Gemeinderücklage in Bad-Kaunheim, ist schicklich, daß es für 1913 mit rund 28 000 Mk. für Grundbesitz und Gewerbebetriebe des Bades zur Gemeindeumlage herangezogen ist. Aus der Höhe der Zins- und Tilgungsverpflichtungen von Bad-Kaunheim acht hervor, daß eine höhere Umlage als rund 23 000 Mk. für die Staatskasse 200 000 Mk. unmittelbar und 37 000 Mk. für Bad-Salzhausen nicht möglich ist. Der noch verfügbare Heberbeitrag 180 814 Mark wird durch Zinsen und Tilgung fast ganz aufgebraucht, zur Umlage in den Erneuerungsfonds bleibt fast nichts mehr übrig, obwohl diesem noch Kapitel 125 des Hauptvoranschlags auch die Aufgabe zugefällt, die Staatskasse die Kosten von Geldanleihen zu ersetzen, die im Interesse des Bades notwendig werden. Wenn diese mit der Geldberaumung auch im wesentlichen abgeschlossen sind, so müssen im Erneuerungsfonds doch immer Mittel vorhanden sein, wenn die Geldanleihe und Kündigungsfrist eintreift, für Zwecke des Bades oder zur Abrechnung der künftigen Beiträge Gelder zu erwerben. Bad-Kaunheim hat bis jetzt rund 2 Millionen Mark an die Staatskasse geleistet, was daneben die familiären Einrichtungen und Anlagen in Bad-Kaunheim stets zu Ruhm des Bades gelangen hat und geben, ist bekannt.

Bezüglich des wiederholt angelegten Umbaus beziehungsweise der gründlichen Reparatur des Zeichensaals wurde nach längerer Unterhaltung der Kommissionsrat der Bezeichnung des Gebäudes der im Durchgange des Bades in die Räume der Küche und Speisekammer bezieht, anerkannt. Die Kosten größerer Umbauten beziehungsweise Renovierungen wurden schon auf rund 200 000 Mark veranschlagt. Der Ausschuss war der Meinung, daß doch alles geschehen sollte, um mindestens die Anlagen des Bades zu veredeln.

Ueber das Kapitel Landwirtschafts-Kammer

berichtet der Abg. Dr. Weber, daß der Finanzausschuss in seiner Mehrheit zwar die von der Landwirtschaftskammer erhobene Mehrforderung von 53 100 Mk. abgelehnt, aber gleichzeitig das wiederholte Ersuchen an die Regierung zu richten beantragt hat, im Voranschlag für 1915 erforderlichen Falls erhöhte Beträge einzustellen. Der Ausschuss konnte sich in seiner Mehrheit von der Regierung gegen diese Mehrforderung geltend gemachten Gründen nicht überzeugen; er glaubte aber, der Regierung empfehlen zu sollen, schon bei Prüfung der Voranschläge auf eine zweckdienliche Verwendung der Gelder hinzuwirken und nach eingehender Prüfung der Voranschläge und Rechnungsergebnisse diejenigen Beträge im Hauptvoranschlag für 1915 anzufordern, die für eine erhöhte Tätigkeit der Landwirtschaftskammer in den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft erforderlich werden.

Kirche und Schule.

Ein unhaltbarer Zustand in der Diözese Mainz, unter dieser Ueberschrift teilt die „Köln. Volksztg.“ die Ausweisung des Domkapitulars Dr. Bendig aus dem katholischen Lehrerverein mit und bemerkt dazu noch:

Diese Vorgänge haben nun bereits zweifelsfrei großes Aufsehen erregt, und man fragt sich allenthalben: Was ist das für ein Mann? Auch die Öffentlichkeit ist in ihrer überlegenen Mehrzahl mit dieser Stellungnahme des kirchlichen Lehrers in der ersten Kammer nicht einverstanden, da sie davon mit Recht großen Schaden für Schule und Kirche befürchtet. Daß ein katholischer Herr in der Person des Bischofs aus seinen Reihen ausgeschlossen sei, dieser Fall dürfte wohl noch niemals vorgekommen sein. Daher auch das große Aufsehen, das er überall erregt. Der Vorsitzende des katholischen Lehrervereins, Herr Lehrer Schorn (Mainz), führte in seiner Schlußrede darüber folgendes aus: „Wir verlassen jetzt die Versammlung nicht ohne mit dem heißen Bewußtsein, hier eine mutige Tat vollbracht zu haben, sondern mit dem innerlichen Bedauern, daß es so weit kommen mußte, daß ein katholischer Lehrerverein in der letzten Kammer und seine Situation gebracht worden ist, gegen einen katholischen Priester, gegen ein Mitglied der kirchlichen Behörde aufzutreten. Das ist bedauerlich, tief bedauerlich. Aber es war leider notwendig, unbedingt notwendig. Denn es handelte sich für uns um Sein oder Nichtsein, um die Frage, ob unter katholischen Lehrern, die Frucht einer 22-jährigen mühe- und opfervollen Arbeit, weiter bestehen oder zugrunde gehen sollte.“

Provinzial-Ausschuß der Provinz Oberheffen.

Gießen, den 25. Februar 1914.

Anwes.: Provinzialdirektor Geheimrat Dr. Usinger, 4 Mitglieder und 1 Ersatztglied. Beginn 9 Uhr.

1. Klage des Aut. Heffel zu Gießen gegen Groß. Kreisamt Gießen wegen Verjagung eines Wandergewerbescheins für 1914. Mägel ist unbekannt wo, abwesend, weshalb ihm die Zahlung zu dem heutigen Termin nicht zugesandt werden konnte. Die Verhandlung wurde daraufhin vertagt.

2. Beigeordnetenwahl zu Rodheim a. d. D. Wegen dieser Wahl war reklamiert worden. Der Kreis-Ausschuß des Kreises Gießen hatte die Reklamation verworfen und die Wahl bestätigt. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde vor der heutigen Verhandlung zurückgenommen.

3. Besuch des Konr. Reip zu Glanberg um Erlaubnis zum Betrieb seiner Schankwirtschaft. Das Gesuch war vom Gemeinderat befürwortet, vom Kreis-Ausschuß des Kreises Gießen aber mangels Bedürfnisses abgelehnt worden. Auf Grund der heutigen Jugendbernehmung, und da es sich um den Weiterbetrieb einer bestehenden Wirtschaft handelt, entschied der Provinzial-Ausschuß, daß die nachgesuchte Erlaubnis zu erteilen sei.

Ende der Sitzung um 12 Uhr.

Vereinsnachrichten.

— Männer-Turnverein Gießen. Die diesjährigen Festveranstaltungen erfreuten sich, wie immer, eines guten Besuchs und konnten als gelungen bezeichnet werden. Die erste Land, wie man uns schreibt, am 21. Febr. 1914 in Steins Garten statt, wo nach dem fröhlichen Treiben der Masken der Gastus Gärten seine Mönche eröffnete und mit hervorragenden Nummern die Zuschauer zwei Stunden unterhielt. Der große Boden-Mat land angelegten Beifall, während die 4 aufrechten Barriere-Kroketten mit ihren hübschen Sprüngen und Leistungen am langen Tische die Zuschauer der Zuschauer dauernd in Tätigkeit hielten. Das Corps de Ballet führte einen schönen Scherz, der durch farbige Lichter mit dem elektrischen Scheinwerfer wunderbar beleuchtet wurde. Amüsant war die Wanderschaft Antonio, nach dessen Kulturen zwei Zeitgenossen, hier ausgeschiedene schwierige Leistungen am Red tischen, während der darme August als Engländer und der Clown auch ganz beachtenswerte Leistungen an diesem Gerät zeigten. Wahre Raschalen durchbrachten den Saal, als die hanelichen Jünglinge als dreieckiger Reiter ihre Leistungen wie Karik, Wendungen und Griffe mit dem Gerecht vorführten. Staunenswerte Leistungen zeigte auch der chinesische Wandervogel als Jamboukämpfer und die Umba-Balambas-Gruppe aus Neu-America mit ihren unauflösbaren Sprüngen an dem 24. Meter hoch gestellten Pferd. Einen reizenden Tanz mit Gelang boten die vier Weißbas, deren araische Bewegungen im letzten Teil des Scherzes vorzüglich zur Geltung kamen. Den Schluß bildete die Vorführung einer Kammergruppe, die ihre Geschicklichkeit in den schwierigsten und unmöglichen Stellungen an den verschiedenartigen Geräten und auch auf Kletterbänken zeigte. Die zweite Veranstaltung war ein Familienausflug auf die Karsruhe, der seinem häuslichen Charakter alle Ehre machte. Der große Saal veränderte am Sonntag kaum alle Turnerrinnen und Turner und folgte, die es früher einmal waren oder es später noch einmal werden wollten, zu taffen, aber trotzdem, oder gerade deshalb war die Stimmung urteil. Und sie blieb über Mittag und kam am Dienstagabend im Hotel Schütz bei der Kappensprung zum Durchbruch, wo als und zum der ersten Karrieren ihren Triumpz feierten, obwohl alles im weichen Sinne des Wortes. „In demnachst kürzlich geistlicher „Lust“ sah und hand. Wieder wechselten mit Vorzügen ab, und es zeigte sich, daß es auch 100 und einige Kilometer vom Rhein entfernt noch Leute gibt, die den Nationalismus richtig erklären und feiern können.

— Musikantenrod, 21. Febr. Am Sonntagabend hielt der Kreisverein unter Leitung des Vorters Anna aus Der-Chaven im Saale des Gasthauses „zum Löwen“ eine Abendunterhaltung ab. Im Wettbewerb fand ein Stück aus der Zeit vor 100 Jahren, „Der Freischütz“ Blasen. Es folgten lebende Fieber aus den Arriestriegeln und Wendungen unterhaltender Veder, begleitet vom Volkschor von Unter-Zellerbach. Tausende Schilfwerke des Vorters Anna bereicherten den Familienabend.

— B. Hallenrod, 23. Febr. Hier hielt der Turn- und Singverein sein diesjähriges Wintervergnügen ab. Lehrer Schmelz hatte den Mitgliedern des Vereins Theaterstücke eingelegt.

Universitäts-Nachrichten.

— Berufung. Der Direktor des Hoftheaters, Hofrat Prof. Dr. Meinede in Freiburg i. Br. hat den Ruf an die Berliner Universität als Nachfolger von Prof. Reiz zum 1. Oktober 1914 angenommen.

— Prof. Dr. med. Julius Gruber von der Universität Jena übernimmt Ende dieses Monats mit Unterstützung der medizinischen Fakultät und der Vollversammlung der Münchener Medizinischen Bodenschrift eine auf mehrere Monate berechnete Substituierung nach Südwesten, um dort die Einwirkung des Witterungsklimas auf das Blut zu untersuchen.

— An der königlichen Bibliothek zu Berlin ist der Direktor Prof. Dr. phil. Konrad Haeckel zum Abteilungsleiter ernannt worden.

Vermischtes.

— An ihrem General verstorben haben sich nach einer Meldung aus Reine vom 25. Febr. zwei Soldaten. Als der Kommandeur der 24. Infanterie-Brigade, Generalmajor Boer, gestern früh keine Zeichen, die nicht zur rechten Zeit anstehenden waren, werden wollte, wurde er von ihnen überfallen und tödlich verletzt. Lebensgefahr besteht nicht. Die Täter entflohen und wurden auf der Eisenbahnstrecke Reine-Tann gefasst. Den Stationen Reine und Wülfel ist aufgefallen. Vermutlich haben sie sich absichtlich von einem Zuge überfahren lassen.

— In Krankenhause erkrankt. Aus Oberheffen an der Rabe wird gemeldet: Der Elektrikermeister Schlicht, der vor einiger Zeit Untersuchungen beugungen und darauf in einem Eisenbahnzuge zwischen Krennach und Oberheffen einen Raubüberfall veranlaßt hatte, hat sich in dem Krankenhaus erkrankt.

— Im Streik der Eisenbahn. Aus Birmensfeld, 25. Febr., meldet ein Privattelegramm: Heute nacht kurz vor 12 Uhr, arrierten der Fabrikarbeiter Jakob Kers und der Arbeiter und Arbeiter Otto Schlicher aus Birmensfeld wegen eines Konfliktumstandes in Streit, in dessen Verlauf letzterer auf Kers zwei Schüsse abgab, die ihn in die rechte Brustseite trafen und seinen sofortigen Tod herbeiführten. Zwei Brüder des Kers drangen darauf auf Schlicher ein und verhinderten ihn so schwer, daß seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig wurde.

— Töchter Schers. Aus Würzburg wird gemeldet: In einem Wirtshaus in Geroldshausen wurde einem Schneider, der als er sich setzen wollte, der Stuhl weggezogen. Der Schneider fiel so unglücklich, daß er das Gesicht brach und sofort tot war.

— Grobsteuer. Aus Merseburg wird gemeldet: Auf dem Rittergut Kunkelbrach ein gewaltiges Feuer aus, welches das Inventar, viele Viehställe, Scheunen und die Kirche vernichtete. Das Schloss selbst ist nur leicht beschädigt. Beim Schloßübernahme. Aus Gießen, 25. Febr., meldet ein Privattelegramm: Auf der Langer Weide verunglückte tödlich der Rittmeister a. D. Schürer aus Frankfurt a. M., der in österreichischen Diensten gestanden hatte, auf einer Schifffahrt am Riß-Ais infolge eines Scherenschnittes. Die Unfallstelle ist eine weite Balde, die sonst von Schilf umgeben wird.

— Statistischer Wirt. In dem Dorfe Wonnemannsdorf bei Wien kamen bei der Gärtnerei langjährige Feindschaften zwischen der Dorfjugend zu einem blutigen Austrag. Ein Bursche wurde durch Keilertische getötet, vier schwer und zahlreiche leicht verletzt.

— Das Perlenhalsband. In London wurden gestern drei von den noch fehlenden vier Perlen des Perlenhalsbandes, das im Juli 1913 verloren ging, wieder aufgefunden. Unter ihnen befindet sich auch die in der Ritz des Halsbandes angebracht gewesene Reichenperle im Werte von über 200 000 Mark. Es fehlt jetzt nur noch eine einzige wertvolle Perle und das wertvolle Schloß des Halsbandes.

— Schredensszenen im Schauspielhaus. Aus Sankt Petersburg, 25. Febr., wird gemeldet: Gestern Abend brach im Theater Marner während der Linomatographischen Vorstellung eine folgenschwere Panik aus, zu der ein ganz ungeheurer Höllebrand den Anlaß gab. Als die Zuschauer Rauch sahen, stürzten sie unbesonnen den Ausgängen zu und verstopften die Türen. Eine Anzahl Personen wurde von den Nachdrängenden zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Später gelang es, mehrere Unfälle, die schwere Verletzungen verursachten, zu beheben. Fünf Personen, darunter zwei Soldaten, wurden getötet. Als Todesursache wurde Verschlagen festgestellt. Mehrere andere Personen wurden verletzt, darunter fünf schwer.

— Ein Kind. Aus Belfast (Irland), 25. Febr., wird gemeldet: Ein des Nordes an dem Stellvertreter des Oberste angelegter Keger wurde vom Kopf gelassen und an ein Gefäß mit Del gekippt, das angezündet wurde. Die Stämme durchdrangen die Straße, mit denen der Keger gefesselt war, woran der Unfälle zu lächeln. Er wurde jedoch niedergeschossen und sein Verbleib auf das Feuer gelegt und vollkommen verbrannt.

Eingefandt.

(Für Form und Inhalt aller unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.)

— Klein-Linden, 26. Febr. Zur Schuhmachergesellschaft in einem Eingefandt vom 25. d. Mts. möchte ich mitteilen, daß mit der Mitteilung von einem auswärtigen Bruder eines ebenfalls anwesenden wohnenden Schuhmachers gemacht wurde. Sollte sich die Buchführung nicht durch meine Besichtigung Sanft abheben, und dieser Ausdruck nicht zu treffend sein, so nehme ich diesen Ausdruck hierdurch zurück. August Weigel.

Märkte.

L. Friedberg, 25. Febr. Der heutige Vieh- u. Krämermarkt war bei dem schönen Wetter sehr besucht. Der Abfall war flott. Die gemästete Qualität kostete 35-40 Mk., Käufer kamen auf 12 Mk. zu liegen, Spätere sogar auf 75 Mk. Vom Torie Rodenbach allein waren 85 Ferkel angetrieben und wurden sämtlich verkauft. Der Rindvieh- und Krämermarkt hat keine Bedeutung.

Fr. Wiesbaden. Viehhol-Marktbericht vom 25. Febr. Auftrieb: Rinder 34 (Schon 9, Bullen 5, Kühe und Kälber 24) Kalber 19, Schafe 34, Schweine 517. Preise für 100 Pfd. Lebend- Schlachtgewicht.

Lebend- Schlachtgewicht	Lebend- Schlachtgewicht	Lebend- Schlachtgewicht
20-25	20-25	20-25
25-30	25-30	25-30
30-35	30-35	30-35
35-40	35-40	35-40
40-45	40-45	40-45
45-50	45-50	45-50
50-55	50-55	50-55
55-60	55-60	55-60
60-65	60-65	60-65
65-70	65-70	65-70
70-75	70-75	70-75
75-80	75-80	75-80
80-85	80-85	80-85
85-90	85-90	85-90
90-95	90-95	90-95
95-100	95-100	95-100
100-105	100-105	100-105
105-110	105-110	105-110
110-115	110-115	110-115
115-120	115-120	115-120
120-125	120-125	120-125
125-130	125-130	125-130
130-135	130-135	130-135
135-140	135-140	135-140
140-145	140-145	140-145
145-150	145-150	145-150
150-155	150-155	150-155
155-160	155-160	155-160
160-165	160-165	160-165
165-170	165-170	165-170
170-175	170-175	170-175
175-180	175-180	175-180
180-185	180-185	180-185
185-190	185-190	185-190
190-195	190-195	190-195
195-200	195-200	195-200
200-205	200-205	200-205
205-210	205-210	205-210
210-215	210-215	210-215
215-220	215-220	215-220
220-225	220-225	220-225
225-230	225-230	225-230
230-235	230-235	230-235
235-240	235-240	235-240
240-245	240-245	240-245
245-250	245-250	245-250
250-255	250-255	250-255
255-260	255-260	255-260
260-265	260-265	260-265
265-270	265-270	265-270
270-275	270-275	270-275
275-280	275-280	275-280
280-285	280-285	280-285
285-290	285-290	285-290
290-295	290-295	290-295
295-300	295-300	295-300
300-305	300-305	300-305
305-310	305-310	305-310
310-315	310-315	310-315
315-320	315-320	315-320
320-325	320-325	320-325
325-330	325-330	325-330
330-335	330-335	330-335
335-340	335-340	335-340
340-345	340-345	340-345
345-350	345-350	345-350
350-355	350-355	350-355
355-360	355-360	355-360
360-365	360-365	360-365
365-370	365-370	365-370
370-375	370-375	370-375
375-380	375-380	375-380
380-385	380-385	380-385
385-390	385-390	385-390
390-395	390-395	390-395
395-400	395-400	395-400
400-405	400-405	400-405
405-410	405-410	405-410
410-415	410-415	410-415
415-420	415-420	415-420
420-425	420-425	420-425
425-430	425-430	425-430
430-435	430-435	430-435
435-440	435-440	435-440
440-445	440-445	440-445
445-450	445-450	445-450
450-455	450-455	450-455
455-460	455-460	455-460
460-465	460-465	460-465
465-470	465-470	465-470
470-475	470-475	470-475
475-480	475-480	475-480
480-485	480-485	480-485
485-490	485-490	485-490
490-495	490-495	490-495
495-500	495-500	495-500
500-505	500-505	500-505
505-510	505-510	505-510
510-515	510-515	510-515
515-520	515-520	515-520
520-525	520-525	520-525
525-530	525-530	525-530
530-535	530-535	530-535
535-540	535-540	535-540
540-545	540-545	540-545
545-550	545-550	545-550
550-555	550-555	550-555
555-560	555-560	555-560
560-565	560-565	560-565
565-570	565-570	565-570
570-575	570-575	570-575
575-580	575-580	575-580
580-585	580-585	580-585
585-590	585-590	585-590
590-595	590-595	590-595
595-600	595-595	595-595
600-605	600-605	600-605
605-610	605-610	605-610
610-615	610-615	610-615
615-620	615-620	615-620
620-625	620-625	620-625
625-630	625-630	625-630
630-635	630-635	630-635
635-640	635-640	635-640
640-645	640-645	640-645
645-650	645-650	645-650
650-655	650-655	650-655
655-660	655-660	655-660
660-665	660-665	660-665
665-670	665-670	665-670
670-675	670-675	670-675
675-680	675-680	675-680
680-685	680-685	680-685
685-690	685-690	685-690
690-695	690-695	690-695
695-700	695-695	695-695
700-705	700-705	700-705
705-710	705-710	705-710
710-715	710-715	710-715
715-720	715-720	715-720
720-725	720-725	720-725
725-730	725-730	725-730
730-735	730-735	730-735
735-740	735-740	735-740
740-745	740-745	740-745
745-750	745-750	745-750
750-755	750-755	750-755
755-760	755-760	755-760
760-765	760-765	760-765
765-770	765-770	765-770
770-775	770-775	770-775
775-780	775-780	775-780
780-785	780-785	780-785
785-790	785-790	785-790
790-795	790-795	790-795
795-800	795-795	795-795
800-805	800-805	800-805
805-810	805-810	805-810
810-815	810-815	810-815
815-820	815-820	815-820
820-825	820-825	820-825
825-830	825-830	825-830
830-835	830-835	830-835
835-840	835-840	835-840

Das Jagdgebiet ist von den Stationen Ober-
Widdersheim und Borsdorf in 15 Minuten zu
erreichen. 2762
Rothheim a. d. Horkloff, den 24. Februar 1914.
Großh. Bürgermeisterei Rothheim an der Horkloff.
Stoll.

und Färberei Hugo Luckner (Inh. Gebr. Röver), Leipzig
chemische Waschanstalten

元々無知無能な人間が、